

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

317 (12.7.1918) Mittagblatt



Jornestöbe in das Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns nicht öffentlich und unausgesetzt auf diese Weise beschimpfen lassen. Und zwar steht hinter dieser Beschimpfung der Vernichtungswille. Solange dieser Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unseren treuen Volksgenossen. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes fast überall der erste Wille besteht: Solange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten und werden wir durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Durchführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt. Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert. Denn, meine Herren, auch das muß ich sagen: Wenn sich nun trotz dieser feindseligen Kämpfer dieser Staatsmänner irgendwo ernsthaft Anregungen für die Anbahnung eines Friedens

oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir ganz gewiß uns nicht ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich genügt es nicht, wenn dieser oder jener Agent kommt und sagt: „Ich kann da und dort Friedensgespräche herbeiführen“, sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der feindseligen Mächte und ausdrücklich autorisiert von ihrer Regierung, zu verhandeln gehen, daß Verhandlungen möglich seien, Verhandlungen zunächst natürlich in kleinem Kreise. Aber, meine Herren, die Staatsmänner, die bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nichts gesagt. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn eine ernste Friedensanregung auf der anderen Seite herbeikommt, meine Herren, dann werden wir sofort darauf eingehen, d. h. wir werden sie nicht zurückstoßen. Wir werden zunächst in kleinem Kreise sprechen. Meine Herren, ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa mein Standpunkt ist, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch

die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: Sobald ein ernster Friedenswunsch sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen. Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart und aufdrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers eingehende Besprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien hier angeben, die damals festgelegt wurden. Also zunächst bezüglich des Ostens: Meine Herren, wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in lokaler Weise ausgebaut sehen. Das ist der Wille der deutschen Heeresleitung und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber, meine Herren, die Schwierigkeiten der Ausfüllung des Friedens von Brest-Litowsk liegen nicht auf unserer Seite, sondern diese Schwierigkeiten liegen darin, daß, wie Sie wissen, die Beschlüsse in Brest-Litowsk noch so außerordentlich unklar sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Möglichkeit der russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wie ich insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben. Aber, meine Herren, wir werden nicht so unbedingt annehmen können und dürfen, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gebenden lokalen Zusagen überall durchzuführen. Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen. Wir stellen uns auf den lokalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden auszuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörlich Verordnungen, unaufhörlich Redungen an den Grenzgebieten, unaufhörlich Leberzöpfe dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Aber ich wiederhole unser Prinzip: Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wir wollen den Frieden lokal ausführen, wir wollen mit der gegenwärtigen russischen Regierung lokal verhandeln. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck

der Attentate, das an unserem Gefandten dort verübt worden ist — eine völkerverwundende Tat, wie sie ängst nicht zum Himmel schreien kann. Alle Spuren deuten darauf hin, daß die furchtbare Tat auf Anregung der Entente geschahen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in Krieg zu verwickeln — ein Zustand, den wir aufs eifrigste vermeiden wollen. Wir wollen keinen neuen Krieg mit Russland. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgeneigten Absicht unterstützen wir sie. Auf der anderen Seite, meine Herren, ist ja auch wahr, daß sehr verschiedenartige politische Strömungen durch das russische Reich hindurchgehen, Bestrebungen der verschiedensten Art: monarchische Bestrebungen, Bestrebungen

der Kadettenpartei, Bestrebungen der sogenannten rechten Sozialrevolutionäre usw. Meine Herren, ich sage: Wir stehen so, daß wir loyal mit der jetzigen russischen Regierung verhandeln, daß wir nichts unternehmen, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, daß wir aber unsere Ohren und unsere Augen offen halten, um uns nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse ins Unrecht setzen zu lassen oder überraschen zu lassen. Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gorki-Goloff gesprochen hat: Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub, wir lassen uns mit gar keinen politischen Gegenströmungen ein, aber wir hören aufmerksam, wozu die Richtung in Russland geht. Das ist der Standpunkt, den ich einnehme, das ist der Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier die vollste Klarheit und das höchste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist. Ich kann sagen, daß der Herr Staatssekretär v. Kühlmann, der selbst bei diesen Besprechungen nicht anwesend war, — das Auswärtige Amt war aber durch den Herrn v. Rosenfeldt und den Herrn v. Krosigk, der ja der Gefährte und die sachverständige Stütze des Herrn v. Kühlmann in Brest-Litowsk und in Baku gewesen ist — mit diesem Standpunkt vollkommen einverstanden gewesen ist und daß die Oberste Heeresleitung diesem Standpunkt ebenso vollkommen begetreten ist. Jeder Einzelne können ja im Einzelfalle da oder dort Meinungsverschiedenheiten auftreten, aber die Grundlinie ist die, die ich eben bezeichnet habe.

Im Hinblick darauf ging der Reichskanzler auf die Beurteilung der politischen Lage in Brest ein und machte darüber vertrauliche Mitteilungen. So dann sprach er von den Gründen, die zum Austritt des Staatssekretärs v. Kühlmann geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönlichen Gründe waren, die Herrn v. Kühlmann veranlaßt haben, aus dem Amt zu gehen. Der Reichskanzler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, treffendes Urteil und unermüdliche Ausdauer und dessen Geschäftlichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkennt. Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht besteht werden konnte. Der Reichskanzler fuhr dann fort:

Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt. Herr v. Hinzpeter ist ein sehr genauer Kenner der russischen Verhältnisse. Er ist vor dem Krieg auf der Post für die russische Besatzung gewesen. Er hat in dieser seiner Eigenschaft große Reisen durch Russland gemacht. Er ist mit den Verhältnissen und Personen in Russland sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist. Aber meine Herren, es verliert sich von selbst, daß ich meine Kontinuität zur Erneuerung des Herrn v. Hinzpeter nur dann gebe, wenn Herr v. Hinzpeter meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits in den Zusagen des Herrn v. Hinzpeter — die Erneuerung ist noch nicht erfolgt — meinerseits die feste Bürgschaft.

Ich mache die Politik. Der demotokratische Reichskanzler macht die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich meine Politik zu führen. Dafür ist der in Aussicht genommene, aber noch nicht ernannte Staatssekretär vollkommen durchdrungen. Meine Herren, ich glaube also, ein Grund zur Verunsicherung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstages im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt.

In der Debatte nach der Rede des Reichskanzlers führte zunächst der Abg. Gräber (Str.) aus: Die Darlegungen des Reichskanzlers haben nach dem letzten Wortlaut ein wenig Verwirrung. Der Wechsel im Staatssekretariat sei an sich tief bedauerlich, auch wegen des Eintritts im Ausland. Die im November 1917 im Programm des Reichskanzlers gemachten Zusagen seien nicht erfolgt. Daß die Wahlrechtsvorlage noch nicht verabschiedet worden sei, sei nicht die Schuld des Reichskanzlers. Ernsthaftige Friedensvorschlüsse des Reiches müßten ernsthaft geprüft werden. Aber wir könnten unsere Friedensbereitschaft nicht immer wieder belunden und die einzelnen Bedingungen auch nicht einseitig öffentlich preisgeben und uns binden. Abg. Scheidemann (Soz.) führte aus: Der Abgang Kühlmanns habe im In- und Auslande den schlechtesten Eindruck gemacht. Er stelle sich dar als Sieg der Eroberungs- und Machtpolitik. Wenn nach den Darlegungen alles beim Alten bleiben soll, weshalb habe man den Staatssekretär nicht gehalten. Die Möglichkeit der Entlassung und die Ernennung des neuen Staatssekretärs ohne Verzögerung des Reichstages kann ich nicht für richtig halten. Abg. Hübner (Fortsch. Vpl.) führt aus: Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß Kühlmanns Abgang nicht auf die Treibereien der Altpreußen zurückzuführen ist, wie auch darüber, daß sein Nach-

folger nicht auf Wunsch dieser Partei und mit Willen ihrer Politik ernannt wurde. Wenn der Kanzler seine heutige Aufgabe durchführt, so wird ihn meine Partei unterstützen, ebenso Herr von Hinzpeter, wenn er im Sinne seiner Politik handelt. Abg. Graf Westarp (Konf.) erklärt die mitgeteilten Gründe für den Austritt Kühlmanns für durchschlagend. Dem inneren politischen Programm des Reichskanzlers kann ich nach wie vor nicht zustimmen. Die Antwort auf die Papstnote erwidern wir niemals die geeignete für ein Regierungsprogramm. Selbstverständlich muß man auf jede ernste Anregung der Friedensverhandlungen eingehen, aber eine große Zurückhaltung im Ausprechen dieser Bereitwilligkeit ist wohl zweckmäßig. Wir stehen dem neuen Staatssekretär ohne jedes Vorurteil guter oder schlechter Art gegenüber und wollen seine Politik abwarten. Wir wünschen, daß Herr von Hinzpeter das engste Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung, auf das auch der Kanzler so entscheidendes Gewicht legt, aufrecht erhält.

Das Echo der Reichskanzlerrede. Berlin, 12. Juli. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung führt aus: Wenn die nächste Feststellung, daß sich die deutsche Politik nicht verändern werde, eine so tiefe und entscheidende Wirkung auslösen konnte, so lag das zum Teil daran, daß sich in den letzten Tagen unter dem verwirrenden Einfluß unkontrollierbarer Gerüchte und übertriebener Wünsche die Tatsachen verhorren haben, und daß es der klaren Worte des Reichskanzlers bedurfte, um sie wieder zurechtzurufen. Diese Bestätigung auf das Selbstverständliche war nicht das einzige Moment, das die heilmächtige Wirkung erzielte, auch was der Reichskanzler positiv vortrug, klang so überzeugend, war von einer so natürlichen Sicherheit getragen und einem zuverlässigen Gefühl, daß der Eindruck nicht ausbleiben konnte. Die Art vollends, in der Graf Hertling für die Reichsregierung, ebenso wie für die Oberste Heeresleitung eine Vereinfachung zeigte, auf jede ernst gemeinte Friedensanregung, nicht auf Agentenklatsch und Dauern, mit allem Ernste einzugehen, wird überall im Volke Beifall finden. Wir verprechen uns von der Werbung auch die beste Rückwirkung bei denen im Felde und denen auf der anderen Seite.

Schneller, als man allgemein erwartet hat, schreibt die Germania, haben sich die politischen Wogen wieder geglättet. Nach der Erklärung des Reichskanzlers Grafen v. Hertling, daß, bis zur sozialdemokratischen Mehrheit, der Wunsch besteht, der Regierung weiteres Vertrauen entgegenzubringen und abzugeben, wie sich der neue Staatssekretär durch die Tat bewähren wird. Da es in der Politik um die Sache und nicht um eine einzige Person geht, haben die Mehrheitsparteien nach der Rede des Reichskanzlers tatsächlich keinen Grund mehr, der Regierung ihr Vertrauen zu entziehen.

Der Vorwärts sagt: Graf Hertling hat den Versuch gemacht, das, was durch die Ereignisse der letzten Tage aus den Fugen geraten war, wieder einzurenken. Er hat dem Zentrum erwünschte Gelegenheiten gegeben, das Land, das er mit der Regierung verbindet, aufs neue zu befestigen, und auch die Rede des Fortschrittlers klang nicht so, als ob der Vertrauensmann der Volkspartei, Herr von Weyer, daran dächte, aus der Regierung zu scheiden. Scharfe Töne klang nur der Redner der Sozialdemokratie an, der die Erklärung des Reichskanzlers nicht befriedigend fand. Der Vorwärts kommt dann auf die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den neuen Kriegskrediten zu sprechen. Die Fraktion hätte vor den neuen Ereignissen mit allen gegen acht Stimmen die Bewilligung der Kredite beschlossen, werde sich aber wohl mit der Angelegenheit nochmals befassen. Nur jetzt möchten wir heute dazu sagen, daß die Partei nach wie vor zur Landesverteidigung steht, und daß sie ihre Stellung zu dem gegenwärtigen Regierungskurs durch die Erklärung Scheidemanns darlegen hat, dieser Regierung könne sie den Kredit bewilligen. Als Minderheitsfraktion besitzt die Kreditbewilligung nur die Bedeutung eines Bekenntnisses, das man, je nachdem als Bekenntnis gegen die Landesverteidigung und gegen die Regierung aufpassen würde. Ihre Zustimmung zu den Krediten werde nunmehr als Fortsetzung ihrer bisherigen Politik auf keinen Fall als Vertrauensumgebung für die Regierung aufzufassen sein.

Chronik des dritten Kriegsjahres. 12. Juli: Feindselige Angriffe bei Neuport, Opren, Gullus und südlich der Scarpe zurückgeschlagen; erfolgreicher Vorstoß an der Höhe 304. Russische Angriffe an der Lomnica-Dinie gescheitert.

Generalversammlung des Augustinusvereins.

Köln, 9. Juli. Die alte, echte Zentrumstreue und Zentrumseiferung kam auf der gestern hier stattgehabten Generalversammlung des Augustinus-Vereins wieder einmal zum Ausdruck. Sie war veranschaulicht durch die „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß im letzten Herbst herausgegeben hat. Schon der außerordentlich starke Beifall, nicht bloß aus Rheinland und Westfalen, sondern auch aus Südb., Nord- und Ostdeutschland vor ein Beweis, wie aller Augen auf die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei gerichtet sind. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten erkrankte Herr Geheimrat Dr. Karl Bachem das Referat über die politische Lage, in dem er hauptsächlich die „Richtlinien“ sowohl nach der geschichtlichen Entwicklung wie nach ihrer Bedeutung für die praktische Arbeit in der Zukunft eingehend würdigte. Der Vorsitzende des Augustinus-Vereins, Herr Denning, zog in seinem Referat besonders die für die Presse wichtigsten Forderungen, woran sich eine lebhafteste Diskussion angeschlossen und endlich folgende Entschlüsse einstimmig angenommen wurden:

I. Die Versammlung des A.-V. zu Köln am 8. Juli 1918 begrüßt die sieben veröffentlichten „Richtlinien“, welche der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei in Berlin am 20. und 30. Juni beschlossen hat, als eine Tat zur rechten Zeit.

Sie erkennt an, daß die in diesen Richtlinien aufgestellten Ziele als lebensvolles Ergebnis der bisherigen Parteientwicklung im Laufe der Jahre zum Gemeingut der ganzen deutschen Zentrumspartei geworden sind.

Sie erklärt ihre rückhaltlose Zustimmung zu denselben. Es ist der alte gute Zentrumsgedanke, welcher in ihnen lebt und die trefflich geeignet erscheinen läßt, die alte Zentrumstreue neu zu befestigen. Es sind lebendige Ziele, welche als solche über allen Tagesfragen stehen, die in der letzten Zeit in der öffentlichen Diskussion sich geltend gemacht haben.

Fortan wird es die vornehmste und wichtigste Aufgabe der gesamten A.-V. angehängelten Presse sein, das Verständnis für Inhalt und Bedeutung dieser Richtlinien in allen Kreisen der Partei zu verbreiten und dazu beizutragen, daß sie die Grundlage der gesamten grundsätzlichen Parteiarbeit werden.

Sie sollen gegenüber so mancher Meinungsverschiedenheit auf anderem Gebiet das einigende Band sein, welches die gesamte Zentrumspartei in gemeinsamer Arbeit für eine lange Zukunft zusammenhält und sie befähigen wird, an der Lösung der großen Aufgaben, welche nach dem Friedensschluß dem deutschen Volke gestellt sein werden, einmütig, kraftvoll und mit gebührendem Einfluß zum Wohle von Volk und Vaterland, von Kirche und Staat, sich zu betätigen.

II. Die Versammlung begrüßt mit besonderer Freude die Maßnahmen, welche getroffen wurden, um eine engere Fühlung der Presse und den Fraktionen herbeizuführen und eine bessere Information über die politischen Vorgänge zu ermöglichen.

Unter Wahrung der Selbständigkeit sowohl der Presse wie der Fraktionen im Reichstag und in den Einzelabteilungen erachtet die Versammlung in beiden aufeinander angewiesene Faktoren, welche die Aufgabe haben, die Einigkeit in der Betätigung der christlichen Weltanschauung aufrecht zu erhalten.

III. Die Versammlung des A.-V. am 8. Juli 1918 in Köln empfiehlt Er. Erzengel dem hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. v. Faulhaber in München ihren ehrerbietigen Dank für das mannhafte, wahrhaft apostolische Auftreten gegenüber den Ausschreitungen der unsittlichen Theater-Aufführungen. Besonders stimmt die Versammlung Er. Erzengel in dem Worte zu:

„Zeitungen, die solche Theaterstücke in Schutz nehmen, gehören nicht in ein katholisches Haus.“

Die Versammlung betrachtet die Verknüpfung des christlichen Sittengesetzes auf dem gesamten Gebiet der Kunst und der Literatur als eine der wichtigsten Aufgaben der Presse und ruft erneut die A.-V. angehängelten Zeitungen zu tatkräftiger Mitwirkung auf diesem Gebiete auf.

Nach vierstündiger Tagung konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen, mit einer noch-

maligen Mahnung zur Einberufung der nächsten Sitzung der alle Zentrumstreuen doch nicht eingetrübte hat.

Deutsch Moral und Offen

Der Angriff der Deutschen auf die Moral des nun aus dem Staatssekretariat v. Kühlmann (Nr. 315) Anlaß zu einer Bemerkung:

Von einer gewissen Seite ist durch ehrenwürdige, treffende Beschuldigung an dem Amte scheitert, wird wohl den, was sich in Wahrheit ereignet wäre nur wünschen, daß die Beurteilung eines im öffentlichen Leben nicht nur allgemein angelegt werde. Und die Moral, bei der die Rede ist, wohl die Frage, wie denn ein dem zum Augen und Vorteil unmoralische Tat von denselben wird.

Wenn die Angriffe der Deutschen auf die Moral im Dienste der Öffentlichkeit Staatsbeamte und ebenso seinem Privatleben in jedem einwandfrei dastehenden Beamten nicht geringen Ansehens Amt zu bekleiden, so unserem Standpunkt aus nur im Sinne hatte der Angriff nicht, sondern es sollte Kühlmann auf diesen unendlich unmoralisch zu seinem Amte zu entfernen und in Richtung gehemmeren Mann bringen. Man kann also Klatsch nur ein Stück von Mangelhaftigkeit leben, an dem unteren Kuriositäten, der aller Mangelhaftigkeit begegnet, sich nicht moralische Gesichtspunkte lebens einer Persönlichkeit nur in Betracht kommt, um reichen, führt unbedingt zur Mangelhaftigkeit.

Deutscher R

Am Unbedeutendste Graf Präsident Krebsbach etc. d. 12. 30 Minuten. Die zweite Beratung sagen wird mit der Umfassung fortgesetzt. Meerfeld (Soz.): Die Unbedeutendste neuer Steuern, teuert, der Handel wird durch ganze Wirtschaftslieben wird mittel der breiten Masse durch betroffen werden, ebenso wird die Aufhebung einer Besondere durch von Gas, Wasser und Gemeinden wäre höchst bedauerlich. Die Aufhebung dieser Steuern würde sehr bedauerlich zu wirken. Wir erkennen auch immer sehr begründete Forderungen kommen sind. Diese werden ich ist der Anfang einer allgemeinen. Diesen Jermog können wir hindern gegenungen. Waldheim (Fr. Vn.): Die Es gebend für die Erhebung dieser der selbständige Besondere ist angelegte Generaldirektor sollte man jede Erwerbskraft und Beamten, durch die Steuer sollte sich auf einen wirtschaftlichen Bereich (H. Soz.): Die Besondere eine Verneuerung des Reiches deshalb unannehmbar. Es sind indirekten Steuer und macht notwendig, die diese Verneuerung bringen wird. Für die Langgehende Privatleben geschaffen, freien Verneuerung würde auch dort beantragte daher einen besonde Tätigkeit wird nicht zugerechnet. Berufe der Verneuerung, der Lehrer, Rechtsanwält, Notare Dr. Jung (natl.): Kreislauf aus dem Gesetz, zum mindesten eine herbor.

Der Antrag Bernstein § 1 wird in der Ausfertigung bei § 2 wird ein sozialtrau auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 3 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 4 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 5 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 6 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 7 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 8 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 9 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 10 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 11 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 12 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 13 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 14 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 15 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 16 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 17 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 18 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 19 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 20 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 21 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 22 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 23 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 24 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 25 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 26 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 27 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 28 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 29 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 30 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 31 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 32 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 33 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 34 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 35 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 36 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 37 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 38 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 39 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 40 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 41 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 42 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 43 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 44 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 45 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 46 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 47 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 48 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 49 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 50 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 51 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 52 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 53 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 54 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 55 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 56 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 57 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 58 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 59 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 60 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 61 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 62 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 63 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 64 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 65 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 66 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 67 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 68 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 69 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 70 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 71 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 72 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 73 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 74 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 75 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 76 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 77 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 78 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 79 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 80 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 81 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 82 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 83 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 84 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 85 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 86 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 87 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 88 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 89 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 90 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 91 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 92 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 93 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 94 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 95 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 96 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 97 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 98 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 99 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 100 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 101 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 102 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 103 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 104 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 105 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 106 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 107 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 108 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 109 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 110 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 111 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 112 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 113 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 114 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 115 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 116 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 117 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 118 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 119 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 120 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 121 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 122 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 123 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 124 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 125 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 126 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 127 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 128 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 129 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 130 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 131 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 132 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 133 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 134 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 135 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 136 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 137 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 138 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 139 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 140 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 141 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 142 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 143 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 144 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 145 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 146 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 147 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 148 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 149 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 150 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 151 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 152 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 153 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 154 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 155 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 156 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 157 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 158 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 159 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 160 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 161 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 162 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 163 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 164 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 165 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 166 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 167 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 168 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 169 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 170 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 171 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 172 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 173 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 174 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 175 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 176 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 177 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 178 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 179 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 180 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 181 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 182 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 183 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 184 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 185 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 186 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 187 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 188 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 189 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 190 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 191 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 192 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 193 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 194 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 195 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 196 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 197 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 198 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 199 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 200 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 201 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 202 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 203 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 204 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 205 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 206 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 207 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 208 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 209 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 210 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 211 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 212 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 213 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 214 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 215 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 216 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 217 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 218 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 219 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 220 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 221 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 222 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 223 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 224 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 225 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 226 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 227 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 228 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 229 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 230 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 231 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 232 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 233 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 234 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 235 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 236 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 237 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 238 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 239 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 240 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 241 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 242 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 243 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 244 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 245 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 246 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 247 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 248 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 249 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 250 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 251 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 252 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 253 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 254 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 255 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 256 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 257 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 258 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 259 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 260 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 261 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 262 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 263 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 264 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 265 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 266 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 267 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 268 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 269 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 270 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 271 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 272 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 273 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 274 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 275 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 276 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 277 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 278 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 279 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 280 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 281 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 282 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 283 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 284 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 285 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 286 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 287 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 288 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 289 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 290 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 291 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 292 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 293 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 294 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 295 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 296 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 297 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 298 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 299 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 300 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 301 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 302 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 303 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 304 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 305 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 306 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 307 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 308 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 309 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 310 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 311 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 312 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 313 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 314 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 315 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 316 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 317 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 318 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 319 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 320 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 321 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 322 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 323 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 324 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 325 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 326 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 327 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 328 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 329 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 330 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 331 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 332 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei § 333 auf Freilassung der Umverteilung abgelehnt, und bei

...tten Kriegsjahres. Angriffe bei Newport, Ope...

möglichen Mahnung zur Einigkeit, aber auch unter der begeisterten Zustimmung aller Teilnehmer...

Deutschland.

Moral und öffentliches Wirken.

Der Angriff der Deutschen Zeitung auf das Privatleben des nun aus dem Amte geschiedenen Staatssekretärs v. Kühlmann gibt der Germania (Nr. 315) Anlaß zu folgender, durchaus richtiger Bemerkung:

Von einer gewissen Seite suchte man Herrn von Kühlmann durch ehrenrührige, sein Privatleben betreffende Beschuldigung zu beeinträchtigen. Zeit, da er aus dem Amte schied, wird wohl niemals festgelegt werden...

Wenn die Angriffe der Deutschen Zeitung aus der Anschauung hervorgegangen wären, dann jeder, der im Dienst der Öffentlichkeit steht, insbesondere der Staatsbeamte und ebenso der Offizier, auch in seinem Privatleben in jeder Beziehung moralisch einwandfrei dastehen müsse...

Der Angriff der Deutschen Zeitung auf das Privatleben des nun aus dem Amte geschiedenen Staatssekretärs v. Kühlmann gibt der Germania (Nr. 315) Anlaß zu folgender, durchaus richtiger Bemerkung:

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Juli 1918.

Am Bundesratsstische Graf Adern, Schiffer. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten.

Die zweite Beratung der Steuervorlagen wird mit der

Umsatzsteuer

Meerfeld (Soz.): Die Umsatzsteuer ist die einschneidendste aller neuen Steuern. Die Produktion wird verteuert, der Handel wird erschwert und schikaniert...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzugehen, wird abgelehnt.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes

und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsetats und einer Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Die erste Lesung des von dem Hauptausschuß vorgelegenen Gesetzes und des Nachtragsetats geht ohne Aussprache voran.

Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsetat werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Fehrenbach schlägt vor, doch noch in die Beratung des

Brandweinmonopols einzutreten und zwar die Rede zu § 1 zu hören, um die morgige Tagung zu entlasten.

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

Der Antrag Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Vertiefung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig...

durch den § 6a die Konsumvereine herangezogen würden, ist nicht stichhaltig.

§ 6 wird in der Fassung des Kompromißantrages angenommen.

§ 7 sieht erhöhte Steuern auf Luxusgegenstände, Edelmetalle, Perlen usw. vor.

Ein Antrag der Sozialdemokraten will Doubletsachen freigeen.

Berstein (U. Soz.) begründet den Antrag seiner Partei und verlangt eine Erhöhung des Steuerfußes für Luxusgegenstände und Pelztragen.

Zimmermann (natl.) beantragt, mechanische Musikinstrumente freizulassen.

Der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten wird abgelehnt, ebenso der Antrag Zimmermann (natl.).

Bei § 17 (Vorlegung von Büchern und Geschäfts-papieren) beantragt Abg. Walsch (Fr. Sp.), den zweiten Absatz zu streichen, der auch den Angehörigen Auskunftsspflicht auferlegt.

Unterstaatssekretär Schiffer: Das Vertrauensverhältnis zum Chef soll nicht betroffen werden. Die Auskunft wird nur in bereinigten Fällen und dann sehr vorsichtig eingeholt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

Der Antrag wird abgelehnt. Wir müssen im Interesse der ehrlichen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden.

war, den Tod selbst suchte oder beunruhigt ist, steht noch nicht fest.

Insel Meisenan, 12. Juli. In dem heute des Rheins gelegenen Ermaltingen fürzte eine im Bau begriffene Schenke ein, wobei drei Zimmerleute, darunter ein deutscher Internier, in die Tiefe gerissen und verletzt wurden.

Konstanz, 12. Juli. Am Dienstag abend ist wieder ein Austauschberwundetentransport mit 228 Mann hier angekommen. Einer der Berwundeten ist leider auf dem Transport gestorben. Mancher von den Berwundeten hat H. Konst. Bg. eine besondere Wille, wie wenig gewissenhaft es die französischen Ärzte mit den deutschen Berwundeten nehmen.

Siegerangriff auf Offenburg. Karlsruhe, 11. Juli. (W.L.B.) Ein heute erfolgter Angriff mehrerer feindlicher Flieger auf Offenburg, bei dem eine beschränkte Anzahl Bomben abgeworfen worden ist, hat einigen Sach- und Gebäudeschaden verursacht. Personen sind nicht verletzt worden. (3.)

Die fleischlosen Wochen. Die fleischlosen Wochen werden, wie das (offizielle) Leipziger Tagblatt mitteilen kann, für das ganze Reich gleichmäßig festgelegt, nämlich vom 19. bis 25. August, 9. bis 15. September, 19. bis 25. September, 30. September bis 6. Oktober und 21. bis 27. Oktober. Die Herabsetzung der Grundration soll (von der zweiten Hälfte des August an) ebenfalls für das ganze Reich gelten und 50 Gramm betragen. (Miso wird die gleiche Menge Mehl geliefert. Die kleineren Randstädte und die Randgemeinden, bei denen man annimmt, daß eine stärkere Versorgung aus den anliegenden ländlichen Bezirken erfolgt, sollen, laut Zrl. Bg., noch weniger Fleisch erhalten.)

Fus anderen deutschen Staaten. Neustadt a. S. Angesichts der teuren Weinpreise hat der kommunalverband Neustadt beschloßen, Apfelwein auch literweise an die Bevölkerung abzugeben.

Birmensdorf. Auf Grund des Künstlerparagrafen legte der aus Stegen i. W. stammende Schuhmacher Josef Schönebach das Einjährig-Examen ab und wurde hierauf zum Leutnant befördert. Die Prüfungsarbeit bestand in der Herstellung eines Paarses orthopädischer Schuhe.

Bulgarißer Kriegsbericht. Sofia, 11. Juli. (W.L.B.) Amlicher Heresbericht. An der mazedonischen Front brangen unsere Angriffsgruppen in feindliche Gräben nördlich von Bitolia ein. Sie führten mit französischen Gefangenen zurück. Im Vornadogen und westlich von Dobro-Bosch war die Gefährlichkeit auf beiden Seiten zeitweilig heftiger. In der Mogensa-Gegend zerstörten wir durch Feuer eine feindliche Erdungsbatterie. Im Vornadogen westlich von Serres beiderseits lebhaft Erdungstätigkeit.

Lokales. Karlsruhe, 12. Juli 1918. # Vereta vom H. Karl Norrmund zur Verbreitung guter Bücher hatte im verfloßenen Jahr an Einnahmen 4425,37 M., an Ausgaben 4362,30 M.; die Teilnehmer erhielten Wüdergaben im Wert von 3298,50 M. für die Ausleihe waren 10940 Bände vorhanden; zur Ausleihe gelangten 28294 Bände. Auf 4. August sind sämtliche entliehenen Bücher zwecks Revision zurückzugeben.

Der Wechsel im Auswärtigen Amt. Als Nachfolger des Staatssekretärs v. Kühlmann gilt der bisherige Gesandte in Christiania, von Ginge. Paul v. Ginge ist am 13. Februar 1864 in die Marine ein und wurde 1901 in den Admiralstab versetzt. Drei Jahre später sehen wir ihn als Marineattaché in Petersburg. 1911 wurde er unter Ernennung zum Flügelmajoranten des Kaisers nach Berlin zurückberufen. Wenige Monate später nahm er als Kommandant seinen Abschied und ging als Gesandter nach Mexiko, wo er drei Jahre lang die Interessen des Reiches mit großer Umsicht und Energie vertrat. Von 1914 bis 1917 war er Gesandter in China und dann bis zum heutigen Tage deutscher Gesandter in Christiania.

Besprechungen bei dem Bizekanzler. Berlin, 12. Juli. Wie die Volkische Zeitung hört, fand gestern bei Herrn von Bayer eine Besprechung statt, bei der eine Reihe von Reichstagsmitgliedern Gelegenheit hatte, sich mit dem Geheimden von Ginge auszusprechen.

Vern, 10. Juli. (W.L.B.) Die Mailänder Blätter melden: General der Artillerie Umberto Gavini, Kommandant des 23. Armeekorps, ist inzwischen Gise und Blade durch einen Granatplitter getötet worden.

Französische Blätter zur Rede Scheidemanns. Vern, 11. Juli. (W.L.B.) Mehrere französische Blätter besaßen sich mit der vom Abg. Scheidemanns angesprochenen Ablehnung der Kriegskredite in Reichstage. Im Eonement stellt Daronne sich auf einen vollkommen ablehnenden Standpunkt. Scheidemanns Augenwandlung konnte zu spät.

Ähnlich schreibt Humanität, man habe zu lange darauf gewartet, als daß die Kreditverweigerung die bisherige Haltung der deutschen Sozialdemokratie verurteilen könnte. Man dürfe nicht mehr darauf rechnen, daß dies die deutsche Regierung zur Demurr bringen könnte, aber wenn Scheidemanns heute zur Opposition übergehe, so habe er unbestreitbar dem Drängen der großen Masse nachgegeben, was immerhin schon kennzeichnend sei.

Journal des Debats schreibt, der deutschen Arbeiterchaft gingen allmählich die Augen auf. Scheidemanns Erklärung sei ebenso kennzeichnend wie Kühlmanns. Deutschland beginne, nicht mehr an den Sieg zu glauben. Das Blatt glaubt, die Haltung Scheidemanns sei durch die Furcht vor den Amerikanern veranlaßt worden.

Vern, 11. Juli. (W.L.B.) Die italienischen Blätter machen den Blickpunkt des Staatssekretärs

fürs v. Kühlmann an erster Stelle. Sie stellen dieses Ereignis und die Wahl des Admirals von Ginge zum Nachfolger als einen Sieg der Alldeutschen dar und fagen eine gewisse Reaktion dagegen voraus, namentlich seitens der Sozialisten. Die Stellung des Reichsfinanzers Grafen Hertling gilt ihnen als unsicher.

Italien. Rom, 10. Juli. (W.L.B.) Meldung der Agenzia Stefani. Der italienische Staat und der Vatikan haben ein Abkommen getroffen über den Austausch der Dokumente, die nach 1870 außerhalb des apostolischen Hofes geblieben sind und die kirchliche Verwaltung betreffen, gegen diejenigen Dokumente, die die öffentliche Verwaltung betreffen und den Staat angehen und die in den Archiven des Vatikans geblieben sind.

Wiederherstellung der portugiesischen Gesandtschaft beim Vatikan. Lissabon, 11. Juli. (W.L.B.) Ein Regierungserlaß stellt die portugiesische Gesandtschaft beim Vatikan wieder her.

Der russische Sowjetkongreß. Niederwerfung des sozialrevolutionären Aufstandes. Moskau, 11. Juli. (W.L.B.) Pet. Tel. Ag. Mitteil. Am 4. Juni wurde auf dem russischen Sowjetkongreß von der Mehrheit mit über 23 Stimmen die Zufriedenheit mit der auswärtigen Politik des Sowjets der Volkskommissare ausgesprochen, wodurch zugleich der Protest gegen eine Erneuerung des Krieges mit Deutschland zum Ausdruck gelangte. Die links-revolutionäre Partei machte, gestützt auf die einige Tage vorher aus Noworohjst nach Moskau einachradte Abteilung Matrosen von 1000 Mann, die sich geweigert hatten, die ihnen anvertrauten Schiffe nach Sebastopol zu führen und statt dessen Schiffe bei Noworohjst versenken, den Versuch eines bewaffneten Aufstandes, wozu als Signal die Ermordung des deutschen Botschafters Grafen Mirbach durch die Mitglieder der linken sozial-revolutionären Partei Kunderjew und Blumentin diente. Bewaffnete Abteilungen der links-sozial-revolutionären Partei besetzten die Post und den Telegraphen, verhafteten den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets Smdowitsch, den Vertreter des Volkskommissariats des Innern, Seretis und den Vorsitzenden der außerordentlichen Kommission des Kampfes mit der Gegenrevolution Derschinskij. Der Sowjet der Volkskommissare sandte im Laufe des 6. Juli an die Arbeiter und die Moskauer Garnison einen Aufruf zur Unterdrückung des Sowjets von ganz Rußland. Der Aufstand wurde vollkommen unterdrückt und einige hundert der noch am Leben gebliebenen Aufständischen verhaftet. Es ist eine besondere Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Volkskommissars der Justiz Subichoff eingerichtet worden. Die Kommission legt klar, daß die linkssozial-revolutionäre Partei, die nur während der Dauer von zwei Stunden den Telegraphen in Händen hatte, auf telegraphischen Wege in Petrograd und Tula einen Aufstand hervorgerufen verfuhrte und wunderliche Gerüchte über die Beziehungen der Sowjetregierung zu den Deutschen verbreitet, die im Grunde waren, das Volksgemüth aufzuwühlen. Auf dem Kongreß der Sowjets war die linkssozial-revolutionäre Partei der Widerzähl vertretet, doch wären die Sowjetregierungen zweifellos gestürzt worden, falls es möglich gewesen wäre, einen Erfolg zu erzielen.

Einspruch des südkaukasischen Ausschusses. Konstantinopel, 9. Juli. (W.L.B.) Meldung der Agence Milli. Der südkaukasische Ausschuß veröffentlicht einen Einspruch gegen die Erklärungen des Delegierten von Georgien in Berlin, Bernstein, über die Zwangslage der Georgier und der deutschen Anliebler, die in der Provinz Arzerbidshan leben, die gegen die in dieser Provinz herrschenden Unruhen zu schützen seien. Der Ausschuß sagt, diese Erklärungen betreffen, daß Bernstein nach Berlin mit sehr ungenauen Aufklärungen über die wirkliche Lage in Arzerbidshan gegangen sei, solange Deutschland dem Kalkat befreundet und verbündet bleiben werde, sei es unmöglich, daß es auf der Welt einen Acken gebe, der eine unfeindliche Haltung gegenüber den Deutschen einnimme.

Die schwedische Presse gegen Branting. Stockholm, 9. Juli. (W.L.B.) Die schwedische Presse, auch die liberale, fährt fort, Branting scharf zu kritisieren. Olofborgs Handels-tidning meint, man habe es kaum mit einem vollkommen gefunden Menschen zu tun. Politiken weist auf die seltsame Rolle hin, die Branting als Sozialdemokrat spiele, indem er immer wieder betone, man dürfe nicht für den Frieden arbeiten, bevor das sogenannte militärische Gleichgewicht wiederhergestellt sei.

Norwegen und die Vereinigten Staaten. Kopenhagen, 9. Juli. (W.L.B.) Es besteht noch keine Aussicht auf Abschluß der Verhandlungen zwischen Amerika und Norwegen über die Frage der norwegischen Schiffsneubauten, die auf amerikanischen Werften fertiggestellt wurden. Von solchen Schiffen, die für norwegische Rechnung auf amerikanischen Werften bestellt waren, befinden sich bereits 18000 Tonnen für Amerika in Fahrt, und die Needer erhalten nicht einmal Zinsen für die 150 Millionen Kronen, die sie an amerikanischen Werften bezahlt haben. Die Lage ist nun so unheilbar geworden, daß der Ausbruch des norwegischen Neederbundes zur Erörterung der Schwierigkeiten zusammenberufen wurde.

London, 9. Juli. (W.L.B.) Meldung des Amerikanischen Bureaus. Das Mitglied der Arbeiterpartei Rhynes, bisher Parlamentssekretär des Lebensmittelministeriums, ist als Nachfolger von Lord Mondra zum Lebensmittelkontrollleur ernannt worden.

Chronik.

Aus Baden. Karlsruhe, 10. Juli. Zur Verfassungsfeier wird Student Dr. Robert Goldschmid-Karlsruhe eine Geschichte der badischen Verfassung schreiben, die im Umfange von etwa 200 Seiten im Verlage der Verlagsbuchhandlung erscheinen wird. Zu der Verfassungsfeier vor 50 Jahren hat bekanntlich Archidirektor Friedrich von Wech eine badische Verfassungsgeschichte geschrieben. — Am Sonntag fand hier eine Landesversammlung der freiwilligen Gemeinden Badens statt. Beschlössen wurde eine Landesgemeinde der freiwilligen Gemeinden zu gründen. Eine entsprechende Verfassung wurde beraten und ein Landesvorstand, bestehend aus fünf Mitgliedern und zwei Ersatzleuten, gewählt.

Verlaß, 11. Juli. Beim Baden in der Pfingst ist der 11jährige Volksschüler Rudw. Huber ertrunken.

Baden-Baden, 11. Juli. In Richtental wurde am Samstag ein neues Knabenschulhaus eingeweiht.

Offenburg, 11. Juli. Der Landesverband der badischen Klein- und Kleinstrentner hielt kürzlich in Freiburg seine erste Tagung unter dem Vorsitz des Herrn Expper-Will ab. Es wurde beschlossen, an das Ministerium des Innern eine Eingabe betreffend die Befreiung der Brennholz zu senden. Eine andere Eingabe über die Wünsche der badischen Klein- und Kleinstrentner ging an den Reichstagsauschuß ab, welcher das Brennholzmonopol zu bearbeiten hat.

Egersweier bei Offenburg, 11. Juli. Die Räuber Rudwine und Hermine des Sumpfschäfers Ochs retteten einen 13jährigen Knaben vom Tode des Ertrinkens, der in der Rinne gebadet hatte.

Reß a. S., 11. Juli. Spremermeister August Kunz und dessen Ehefrau Emma geb. Berger feierten die goldene Hochzeit.

Singen a. S., 11. Juli. Die Reiche des 54jährigen Zimmermanns Gottfried Raier ist hier aus der Welt gegangen worden. 26. Raier, der nach Auflebend

